

Rede von

**Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten,
Internationales sowie Medien und Chef der Staatskanzlei,
Herrn Nathanael Liminski**

**„Einführung in die politischen Schwerpunkte der
Landesregierung in den Bereichen Europa, Internationales
und Eine Welt in der 18. Wahlperiode“**

**Konstituierende Sitzung des Ausschusses für Europa und
Internationales (AEI)**

**23. September 2022, 15 Uhr
Landtag Nordrhein-Westfalen**

Länge des Vortrags: ca. 15 Minuten
Zuhörerschaft: Mitglieder des Ausschusses, Öffentlichkeit
Redesituation: Rede wird vom Platz im Sitzen gehalten

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Einstieg

Zuerst möchte ich mich bei Ihnen bedanken für die Verschiebung dieser Sitzung in den Nachmittag. Es war mir ein persönliches Anliegen, heute dabei zu sein. Diesen Vormittag war ich noch Gastgeber der Jahres-CdS-Konferenz der MPK in Münster und bin von dort direkt hierhergekommen.

Zweitens möchte ich Sie darüber informieren, dass Sie im Nachgang zu dieser Sitzung meine Ausführungen in Form eines Sprechzettels zur Verfügung gestellt bekommen.

Doch nun genug der Formalia, wir wollen zur Sache kommen. Ein Blick über unsere Grenzen hinaus, auf den fundamentalen Wandel in unserer Welt macht deutlich: An Tagesordnungspunkten wird es uns in den nächsten Jahren nicht fehlen.

Wir werden hier viele wichtige europapolitische und internationale Entwicklungen thematisch beraten müssen – und das nicht nur aus Interesse, sondern auch weil sie unser Land faktisch auf Trab halten.

Gerne möchte ich heute hier auf einige Schwerpunkte eingehen. Dabei beginne ich ganz bewusst mit unseren Nachbarn. Gemeinsam mit den Niederlanden, Belgien und Luxemburg bildet Nordrhein-Westfalen einen einzigartigen europäischen Wirtschafts-, Kultur- und Lebensraum. Wir leben das Zusammenwachsen Europas im Alltag. Das gehört nicht für alle deutschen Länder zur DNA. Wir haben da eine besondere Selbstverständlichkeit.

Dieses Dasein im Herzen Europas setzt einen klaren Rahmen für unser Regierungshandeln, er prägt unsere Perspektive auf alle Fragen. Auf grundsätzliche ebenso wie aktuelle Herausforderungen, die in besonderer Weise international geprägt sind.

Ukraine und Balkan

Da komme ich direkt auf die Folgen des brutalen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine. Nordrhein-Westfalen steht eng an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer. Wir sind solidarisch. Wir nehmen Kriegsverletzte und Geflüchtete auf. Wir koordinieren Spendensammlungen und liefern Medikamente. Ich könnte diese Liste noch fortsetzen.

Wichtig ist: Unsere Unterstützung gilt nicht nur heute. Sie gilt auch in Zukunft, auch nach dem Krieg. Dafür streben wir eine Aufbau-Partnerschaft mit einer ukrainischen Region an. Ich begrüße die Initiative von gleich vier Fraktionen – CDU, Grüne, SPD und FDP – die dieses Vorhaben der Landesregierung teilen. Sie haben eine Initiative dazu im Landtag auf den Weg gebracht. Dazu werden wir heute noch ausführlicher sprechen.

Impulse für die Stärkung der ukrainischen Gesellschaft möchten wir auch im Rahmen des Regionalen Weimarer Dreiecks setzen, gemeinsam mit unseren Partnern Schlesien und Hauts-de-France. Erste Gespräche dazu haben Herr Ministerpräsident Wüst und ich bereits geführt.

Auch auf dem Westbalkan haben wir ein elementares Interesse daran, dass die Staaten ihre Zukunft gemeinsam mit uns gestalten. Wir müssen sie dabei unterstützen, sich dem geopolitischen Einfluss Russlands und Chinas zu entziehen oder soweit wie möglich zu entziehen. Wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, dass Russland und China sehr engagiert sind.

Die Landesregierung wird sich besonders für unser Partnerland Nordmazedonien einsetzen. Auch mit dem Kosovo wollen wir die Zusammenarbeit vertiefen und die Zivilgesellschaft weiter stärken. Das gilt für die Menschen vor Ort genauso wie für ihre Landsleute hier bei uns an Rhein und Ruhr.

Denn wenn wir uns als Land international engagieren, müssen wir immer auch diese wechselseitigen Bezüge im Blick behalten. Wir müssen die Communities hier im Land mit einbeziehen.

Energiesicherheit und Benelux-Zusammenarbeit

In den letzten Monaten hat sich gezeigt: Auch wir selbst sind abhängig von Russland. Wenn wir das ändern wollen, brauchen wir neue, zukunftsorientierte Lieferbeziehungen. Eine Neuausrichtung des EU-Energiebinnenmarkts. Mehr Diversität bei der Stromerzeugung. Und einen forcierten Ausbau der Erneuerbaren. Das ist nicht nur, aber auch eine ökologische Frage. Und es ist eine Frage der Preisstabilität. Das Gebot der Stunde ist: Wir müssen sicherstellen, dass Energie für alle bezahlbar bleibt.

Dafür stehen wir im engen Austausch mit unseren Nachbarn, Belgien und den Niederlanden. Wir müssen die Verbindung zu den Seehäfen Rotterdam und Antwerpen-Zeebrügge stärken und eine entsprechende Infrastruktur aufbauen.

Anders als die Bundesregierung, deren Ausrichtung stark gen Norden ausgeprägt ist, schauen wir hier in Nordrhein-Westfalen nach Westen. Diese Häfen sind näher als mancher Hafen in Norddeutschland.

Wir sind mit der belgischen Regierung im Austausch. Mit dem belgischen Botschafter Geert Muylle habe ich konkret über die Liefermöglichkeiten aus Belgien und die notwendigen Schritte, die auch die Bundesregierung gehen muss, gesprochen. Auch mit unseren regionalen Partnern sind wir im Kontakt.

Der Ministerpräsident und ich sprachen mit dem flämischen Ministerpräsidenten Jan Jambon. Unsere Energiepartnerschaft aus dem März zählt sich bereits aus. Diese regionale Partnerschaft mit Flandern möchten wir nun auf nationaler Ebene ausweiten. Dazu wollen wir zeitig zusammenkommen und zum ersten Mal auch Regierungskonsultationen mit Belgien abhalten.

Neben Energie verbinden uns auch viele weitere Themen mit unseren Nachbarn im Benelux-Raum, zum Beispiel die grüne und digitale Transformation. Wir wollen unsere Region gemeinsam noch attraktiver machen: Ob durch den Abbau von Grenzhindernissen, durch gemeinsame Polizeiteams oder im Katastrophenschutz, dessen Relevanz wir letzten Sommer erleben mussten. Wir werden auch den grenzüberschreitenden Personenverkehr verbessern.

Europapolitik und -aktivitäten

Das zeigt: Nordrhein-Westfalen setzt auf Europa. Wir brauchen eine Europäische Union, die handlungsfähig ist. Und wir brauchen eine Europäische Union, die das Recht schützt. Die Achtung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sind Gründungsprinzipien der Union. Sie gilt es zu verteidigen. Dafür werden wir uns noch stärker als bisher in Brüssel einsetzen und den neu geschaffenen Rechtsstaatlichkeitspreis fortführen.

Auch im Bundesrat setzen wir uns aktiv für unsere europapolitischen Interessen ein. In Brüssel und Berlin richtet die Landesregierung auch über unsere Landesvertretungen eine Vielzahl öffentlichkeitswirksamer Fachveranstaltungen aus. Darüber hinaus vertritt Staatssekretär Dr. Mark Speich die Belange Nordrhein-Westfalens im Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR).

In den letzten Jahren hat er den Vorsitz der Deutschen Delegation innegehabt, nun ist er zum Vize-Präsidenten des AdR gewählt worden. Für machen ist das ein abstraktes Gremium. Doch es kann konkrete Folgen haben. Im AdR konnte Staatssekretär Dr. Speich als Berichterstatter zum Strukturwandel in europäischen Kohleregionen die Einrichtung des „Just Transition Fonds“ maßgeblich anstoßen. Auch andere, wie der ehemalige Wirtschaftsminister Pinkwart, waren daran beteiligt.

Bis 2027 wird der Fonds die vom Kohleausstieg betroffenen Regionen mit zusätzlichen Mitteln bei der grünen Transformation unterstützen. So können sie einen wichtigen Beitrag zum gemeinsamen Klimaziel der Union bis 2030 leisten. Nach Nordrhein-Westfalen sollen insgesamt rund 680 Millionen Euro fließen. Das ist eine Menge Geld, mit dem man Gutes tun kann.

Meine Damen und Herren!

Europapolitik braucht ein Fundament, auch in Nordrhein-Westfalen. Unsere erfolgreichen Formate wollen wir fortsetzen und verstärken. Wir lassen Azubis im Programm „Europa erleben und lernen“ eigene Europaerfahrungen machen. Mit unserem Interrail-Projekt ermöglichen wir ihnen ihr eigenes Europaerlebnis auf der Schiene.

Wir sind bundesweit das Land mit den meisten Europaschulen [244]. Und es werden stetig mehr. Diese Tendenz ist besonders wichtig. Denn als größtes Bundesland ist es selbstverständlich, dass wir am meisten Schulen haben. Wichtig ist, dass die Zahlen weiter steigen. Am 7. November nehmen wir hier im Landtag, im Plenarsaal, neue Schulen in diesen Kreis auf. Dazu lade ich Sie schon jetzt herzlich ein. Auch wenn ich selbst nicht Hausherr, sondern nur Gast bin.

Mit den Wettbewerben „Europa bei uns zuhause“ und den Auszeichnungen „Europaaktive Kommune“ und „Europaaktive Zivilgesellschaft“ unterstützen wir die kommunale Familie und konkrete Initiativen vor Ort. Besonders dieser Austausch im Kleinsten und Kleinen, zwischen Menschen, stellt das europäische Projekt und die internationale Zusammenarbeit auf ein sicheres und letztlich zukunftsfähiges Fundament.

Unsere Europaaktivitäten wollen wir nun mit einem neuen Förderprogramm weiter ausbauen. Grundgedanke wird sein, möglichst unbürokratisch Aktivitäten zu ermöglichen, die die EU-Akzeptanz verbessern. Dabei wollen wir auf bestehende Infrastruktur zurückgreifen. Es muss nicht immer Neues sein.

Wir wollen weiterhin jungen Menschen Europa näherbringen. Dass das auf fruchtbaren Boden stößt, durfte ich selbst erleben. Vor wenigen Wochen habe ich am 20. Jugendgipfel im Regionalen Weimarer Dreieck teilgenommen und erlebt, mit welchem Elan die jungen Menschen die Zukunft ihrer Regionen gestalten wollen.

Gemeinsam mit den politischen Spitzen der beiden Partnerregionen haben wir vereinbart, in Zukunft ukrainische Jugendliche zur Teilnahme am Jugendgipfel einzuladen. Gerne hätten wir sie schon dieses Jahr willkommen heißen, aber die Umstände sind bekanntlich schwierig. Nun also im nächsten Jahr.

Regionale Partnerschaften

Anrede

Ich will auch noch etwas zu anderen Partnerschaften sagen. Denn unsere regionalen Partnerschaften sind Stabilitätsanker in den Stürmen unserer Zeit. Sie sind Katalysatoren in Zeiten des Umbruchs und Aufbruchs, wenn um uns herum der Sturm tobt. Mit der italienischen Region Piemont haben wir im letzten Jahr einen weiteren Partner gefunden, mit dem wir Maßnahmen im Kontext Wasserstoff oder Künstlicher Intelligenz anschieben können.

Das gilt auch für Übersee. Wir werden unsere Verbindungen nach Nordamerika weiter stärken und mit dem Nordrhein-Westfalen-USA-Jahr einen neuen Akzent setzen. Ich habe dazu bereits erste Gespräche mit der Generalkonsulin geführt. Wir wollen das zeitnah im nächsten Jahr angehen und dabei auch lokale Jubiläen mit einbeziehen.

Durch unser Büro in Tel Aviv werden wir die Beziehungen nach Israel in der gesamten Breite unserer Landespolitik weiter ausbauen – Das gilt besonders für die Vernetzung des starken nordrhein-westfälischen Mittelstands mit der israelischen Start-up Szene. Die Israel-Reise des Ministerpräsidenten zeigt insbesondere unser Interesse, dass wir dieses Büro aktiv nutzen. So wie ich es erlebe, hat sich das bewährt.

Unsere bestehenden Kontakte in den Nordirak wollen wir verstetigen und eine gefestigte Kooperation anstreben. Nicht nur zum Thema Energie, sondern auch zur Rechtsstaatlichkeit.

Nicht zuletzt wollen wir unsere Verbindungen auf den afrikanischen Kontinent intensivieren.

Beispielhaft dafür stehen unsere langjährige und lebendige Partnerschaft mit Ghana und unsere zivilgesellschaftlichen Beziehungen zu Südafrika. Gerade wenn Afrika aus dem Fokus des Bundes rückt, müssen wir als Länder dranbleiben.

Das Thema Migration hat Afrika auf die Agenda geholt. Jetzt, mit dem gefühlten Rückgang, wird

auch der Fokus auf Afrika immer schwächer. Als Landesregierung wollen wir dranbleiben. In Bonn haben wir besondere Kompetenzen vor Ort, die es zu nutzen gilt.

Wir wollen den persönlichen Austausch zwischen Menschen und Organisationen weiter fördern. Und wir wollen unsere Partner in der nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung und beim Strukturwandel unterstützen. Denn auch hier hat Europa Aufholbedarf: Ähnlich wie im Westbalkan müssen wir in Afrika eine attraktive Alternative zu chinesischen Investitionen und zu Russlands geopolitischem Einfluss bieten.

Wir müssen das große Potential des Kontinents im wechselseitigen Interesse für unsere Handelsbeziehungen nutzen. Nicht zuletzt bietet Afrika mit seinen sehr großen Wind- und Solarressourcen auch sehr gute Voraussetzungen für Energiepartnerschaften mit deutschen Unternehmen und für einen gemeinsamen Markt für grünen Wasserstoff.

Eine Welt und UN-Standort Bonn

Ich habe Bonn ja bereits anklingen lassen, unseren Eine-Welt- und UN-Standort. Hier haben wir so viel Know-How wie an kaum einem anderen Standort in Deutschland.

Die Entwicklungspolitik in Nordrhein-Westfalen ist traditionell geprägt von einer lebendigen und starken Zivilgesellschaft. Wir möchten diese Strukturen noch mehr stärken und gezielt Programme zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit weiterentwickeln. Das Promotorenprogramm des „Eine-Welt-Netz“ hat hier Vorbildcharakter.

Wir sind uns unserer Mitverantwortung für die Umsetzung der Agenda 2030 bewusst und wollen dazu weiter unseren Beitrag leisten. Angesichts der Verschlechterung der weltweiten Menschenrechtsslage sehen wir uns hier besonders verpflichtet.

Der entwicklungspolitische Dialog in Bonn kann neue Akzente bekommen. Deswegen möchte die Landesregierung einen strukturierten entwicklungspolitischen Dialog etablieren, der alle an einen Tisch holt: Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kommunen und Zivilgesellschaft.

Und schließlich: Die Landesregierung bekennt sich klar zur Bundesstadt und zum internationalen Standort Bonn. Die Entwicklung Bonns als Deutschlands Kompetenzzentrum für internationale Zusammenarbeit und Nachhaltigkeit ist eine Erfolgsgeschichte. Wenn wir nicht bereits heute ein zweites Verwaltungszentrum hätten, müssten wir es schaffen. Doch nun braucht der Standort eine strategische Perspektive für die nächsten Jahrzehnte. Deshalb nehmen wir die Bundesbauministerin beim Wort. Wir setzen darauf, dass die Verhandlungen von Stadt, Region, Land und Bund über eine Zusatzvereinbarung zum Berlin/Bonn-Gesetz nun vorangebracht werden. Dazu tausche ich mich auch mit der Bonner Oberbürgermeisterin aus.

Für uns ist entscheidend: Wir brauchen eine substantielle personelle Präsenz der für das Profil der Bundesstadt relevanten Ressorts der Bundesregierung. Zusätzliche Projekte für die Profilierung Bonns als Kompetenzzentrum für Nachhaltigkeitspolitik nehmen wir dankbar an – aber sie ersetzen nicht die Präsenz der entscheidenden Akteure aus der Bundesregierung.

Der erste Schritt dazu ist getan. Am 24. August kam ein neu eingesetztes Lenkungsgremium der Beteiligten in Bonn zu seiner Auftaktsitzung zusammen. Es soll künftig regelmäßig tagen, so auch in der kommenden Woche wieder.

Abschluss

Anrede

Sie merken: Für die kommende Legislaturperiode haben wir uns eine Menge vorgenommen. Und es wird noch einiges dazukommen, wie wir in den letzten Jahren immer wieder erleben mussten.

Dabei setzen wir auf eine gute Zusammenarbeit in diesem Ausschuss. Diese will ich vonseiten der Landesregierung gerne zusagen. Wir bauen auch auf Ihre konstruktive Begleitung und Unterstützung. Und deshalb freue ich mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen in den kommenden Jahren!